

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 27. Januar 1915.

Die Gasabgabe der Stadt.

In recht scharfer Weise geht die Gaswerksverwaltung in der letzten Zeit gegen die Inhaber von Gasautomaten vor. In dem Reichsvertrag ist die Bedingung enthalten, daß die Inhaber von Gasautomaten einen monatlichen Mindestverbrauch von 20 Kubikmeter haben müssen. Das ist bei einem Gaspreis von 16 Pfg. für den Kubikmeter eine Ausgabe von 320 Mark im Monat. Auf diese Höhe ist eine ganze Reihe von Familien nicht gekommen, was nicht weiter verwunderlich ist, denn es handelt sich meist um Leute mit geringem Einkommen. Gasautomaten werden nämlich nur in Wohnungen bis zu 400 Mark Mietwert gestellt. Bis hierher wurde die Bestimmung über den Mindestverbrauch nicht so streng gehandhabt. Jetzt aber werden eine ganze Reihe Mieter plötzlich mit der kategorischen Aufforderung bestraft, sofort die mit dem kategorischen Mindestverbrauch und wirklichem Verbrauch nachzuschaffen, widrigenfalls ohne viel Umstände der Automat entfernt wird. Es handelt sich vielfach um Beträge von 6, 7, 8 und noch mehr Mark, die für nicht verbrauchtes Gas nachzuschaffen sind. Wenn man bedenkt, daß es sich vielfach um Familien handelt, die nur einen geringen oder gar keinen Verdienst haben, so ist eine solche Härte ganz unverständlich. Man weiß in der Gaswerksverwaltung recht wohl, daß die Drohung der Abnahme des Automaten zieht, denn wir leben in der Zeit der Petroleumnot. Für die Bedrängten bleibt demnach nichts anderes übrig als zu zahlen oder im Dunkel zu sitzen. Bemerkenswert ist die Verbindung zu der Maßregel. Es heißt da allgemein in dem Aufschreiben: „Da die Gasfabriken nicht in der Lage sind, den Bedarf an Gasautomaten zu decken, steht sich die Verwaltung im Interesse ihrer neuen Abnehmer zu ihrem Bedauern genötigt, von dem ihr gemäß § 2 der Bestimmungen über die Abnahme von Gas mittels Automaten bestehenden Recht Gebrauch zu machen. Kontingente, die den Mindestverbrauch nicht erreichen und sich weigern, den Restbetrag nachzuschaffen, werden nach der Automatenanlage abgenommen.“

Das Merkmal ist an dem Vorgehen ist, daß die Verwaltung im Interesse derjenigen Leute, die ihr bisher kein Gas abhaken, ihren bisherigen Kunden, weil sie einen geringeren Verbrauch haben, die Gaszufuhr abschneiden will. Der Mindestverbrauch wird in der Zeit der Petroleumnot von allen erreicht von den neuen Abnehmern sowohl, die ja auch meist kleine Abnehmer sind, wie von den alten kleinen Abnehmern. Ob aber die neuen Kunden nach Beseitigung der Petroleumnot bessere Abnehmer sein werden wie diejenigen, denen man die Zwangsmaßnahmen androht, das ist doch mehr als zweifelhaft, denn die Leute hätten ja doch, wenn sie ein größeres Bedürfnis nach Gas haben, schon früher Abnehmer sein müssen. Von Geschäftskundenschaft zeugt also das Vorgehen nicht. Es läßt aber auch die erforderliche Reue nicht vermischen. Zunächst legt man der Durchschnittsberechnung nur 8 Monate zu Grunde, während das Jahr doch 12 Monate hat. Wenn man aber bisher bei dem Mindestverbrauch fünf gerade sein ließ, dann hätte sicher auch die Drohung genützt, daß die Automaten abgenommen würden, wenn im laufenden Monat der Mindestverbrauch nicht erreicht wird. Keinesfalls dürfen aber jetzt den Familien Beträge abverlangt werden, für die sie gar kein Gas bezogen haben.

Unberechtigte Abzüge von der Kriegsunterstützung.

Das städtische Kriegsunterstützungsamt scheint bei dem vom Magistrat eingeleiteten Miets-Kommissar in eine wenig vorteilhafte Schule gezogen zu sein. Während von Herrn Dr. Wähle nur Abzüge von der städtischen Unterstützung vorgenommen werden, wenn sich Hausbesitzer wegen rückständiger Miete an ihn wenden, nimmt das Kriegsunterstützungsamt Abzüge vor, wo gar keine Miete verlangt wird. So wurden einer alleinlebenden Arbeiterfrau, die gegen Uebnahme von Hausarbeit eine Wohnung inne hat, die Wohnungsmiete abgezogen und gar keine schuldig bleibt, ohne große Umstände 10 Mark monatlich abgezogen. Wenn das Kriegsfürsorgeamt diese 10 Mark zuwenden will, das ist der in Frage kommenden Frau nicht klar. Nur das weiß die Frau, daß sie mit 24 Mark im Monat nicht leben kann, daß sie aber auch, wenn sie ihre Hausmiete abverdienen will, eine andere Arbeit gar nicht übernehmen kann. Einer anderen Frau, die ebenfalls keinen städtischen Mietszuschuß bekommen hat, wurden 17 Mark für Miete abgezogen. Eine weitere Erklärung über das Vorgehen erhalten die Leute bei ihren Beschwerden nicht, sie müssen sich mit einer kurzen Abfertigung zufrieden geben. Auf den Zuschriften heißt es: „nach näherer, späterer Angabe“. Die Beträge sollen für die Hausbesitzer verwendet werden. Und will es scheinen, als ob man alle Frauen, die es bisher noch ermöglicht, ihre Miete ohne behördlichen Zwang zu zahlen, veranlassen wollte, ihre Miete nicht zu zahlen, um sie sich vom städtischen Kommissar abziehen zu lassen. So lange ein Miets-Einkommensamt nicht besteht, müßte hier die Kriegsfürsorgekommission eingreifen.

Eine Stadtkonferenz findet am Freitag den 5. Februar statt.

Leichenfund. An der verlängerten Weidenstraße wurde hinter dem Baum einer Gärtnerei die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts gefunden. Die Leiche, an der sich noch die Nabelschnur befand, war in einen weißen Taschentuch ohne Namen gewickelt. Aus dem Taschentuch war das Monogramm ausgeschnitten. Das ganze war in eine große graue Dose verpackt und umschürt. Die Polizei erwidert um etwaige Mitteilungen auf Zimmer 17 der Direktion.

Das Kaufmannsgericht hat im verflochtenen Jahre 63 Sitzungen abgehalten, davon 48 ohne Zuziehung von Beisitzern und 15 mit Beisitzern. Die Zahl der Streitfälle betrug 169 gegen 109 im Vorjahre. Davon wurden 92 vom Vorstehenden allein und 51 vor beidem Gericht behandelt. 9 Klagen wurden vor der Verhandlung zurückgezogen. Das Verhältnis beim Kaufmannsgericht ist nach diesen Zahlen erheblich besser wie beim Gewerbegericht, denn die Zahl der Sitzungen mit

befehltem Gericht ist erheblich höher, ebenso die Zahl der Endurteile, es wird nicht so viel mit mageren Vergleichen gewirkt. Die Kosten des Kaufmannsgerichtes sind erheblich höher als die des Gewerbegerichtes, weil beim Kaufmannsgericht doppelte Besetzung üblich ist, statt 2 Beisitzer 4. Die Einnahmen betrugen 114,25 Mark, die Ausgaben 415 Mark, sodaß eine Mehrausgabe von 300,75 Mark vorhanden ist. Bemerkenswert ist, daß bei Plenar- und Ausschusssitzungen 295 Mark verausgabt wurden gegen 92 Mark beim Gewerbegericht. Gerichtsbeschlüsse mußten 175,75 Mark niederschlagen werden gegen 90,45 Mark beim Gewerbegericht, trotzdem am Kaufmannsgericht nur 45 Prozent der Streitfälle wie beim Gewerbegericht verhandelt wurden. Das Kaufmannsgericht besteht jetzt 10 Jahre und hatte im Berichtsjahre die Höchstzahl der Streitfälle erreicht.

Sammlung der Küchenabfälle. Die Stadt hat mit dem Anfang der Sammlung von Küchenabfällen keine besonders guten Erfahrungen gemacht, denn der Erfolg war sehr gering. Das mag zunächst an der Organisation liegen, die ja noch alles zu wünschen übrig läßt. Mit einer mehr oder weniger eindringlichen Mitteilung, daß die Abfälle abgeholt werden und für die Fütterung des Viehes sehr nützlich sind, lassen sich die Durchschnittshausfrauen nicht aus dem allverbreiteten Schlenker herausbringen; da muß man schon stärker zugreifen und deutlicher werden. In der Bekanntmachung des Magistrats hiess es u. a., daß die Frauen bei dem dreimaligen Gehen der Wägen die Abfälle in den Hof bringen sollen. Daran merkt man schon, daß im Magistrat eine effiziente Reihe unabweisbar stehen, die die Frauen sehr schlecht kennen. Auf eine so nonchalante Einladung hin erwarten, daß die Abfälle in Brauchbares und Unbrauchbares getrennt und auch noch auf Karren gebracht werden, das ist doch etwas zu viel Optimismus. Selbstverständlich morden die Küchenabfälle wieder in die Wäse und damit in den Müllhaufen. Am Montag früh aber wurde eine Anzahl Hausfrauen zur Abholung beordert, mit Gefäßen und einer Dienstmutter versehen und auf die Miete geschickt. Die redien sich nun die Hilfe aus dem Vorrat bis zum Dachbodenfenster; aber die Broden fiele nur spärlich. Vielleicht dachten auch viele Frauen: was sollen wir den Bauern die Kartoffelschalen gratis geben, die im Herbst ihre Kartoffeln vergoldet haben wollten; die füllten jetzt ihre Schweine fett und fordern dann zum Dank dafür horrenden Schweinepreise oder schlagen mit der Milch auf. Diese Gedanken sind nicht absurd, sie wurden im Gegenteil recht laut und recht häufig geäußert. Sie betreffen zwar wenig Gemeinwohlgefühl, aber man darf sich unter den Umständen nicht wundern, wenn dieses Gemeinwohlgefühl manchmal recht kümmerlich entwidelt ist, wo so viele böse Beispiele gute Sitten verderben. Wenn also die Stadt einen Erfolg bei der Sache haben will, darf sie diese nicht so langsam anpacken. Der Versuch ist der Durchführung wert, nicht allein für die Kriegszeit.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Biebrich, 26. Jan. (Die Maul- und Klauenseuche) ist unter dem Viehbestande des Landwirts Heinrich Laug, Friedrichstr. 15, ausgebrochen. — (Der Magistrat) sucht zur Herrichtung der Reichsmüllschächte Gemeindefrauen, die im Nähen bewandert sind. Frauen von Kriegsteilnehmern werden bevorzugt. Anmeldungen im städtischen Bauhof, Frankfurterstraße 33, morgens von 10 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr. Es ist zu erwarten, daß für diese Arbeit auch ein entsprechender Lohn gezahlt wird. Jedenfalls sollte man die Frauen, die sich Arbeit holen, darüber aufklären.

Biebrich, 26. Jan. (Kunawehr Biebrich.) Trotz des Drucks in der Fortbildungsschule nimmt die Teilnahme ab. Wie wir in der „Tagespost“ lesen, haben an den Wochenübungen 50, an der Sonntagsübung gar 80 junge Leute ohne Entschuldigung gefehlt. Das ist der beste Beweis, daß die Zwangsmaßnahmen nichts helfen, selbst der Hinweis nicht, daß Abscheinungen beim Eintritt ins Heer nur an diejenigen abgegeben werden, die sich regelmäßig an den Übungen beteiligen. Für ganz verfehlt halten wir die Aufforderung an die Arbeiter, der Anwesenheit mehr Beachtung zu schenken. Diese Herren haben genug zu tun, wenn sie in der jetzigen Zeit peinlich darauf achten, daß die Lehrlinge etwas tüchtiges lernen. Wer sich nicht freiwillig an den Übungen beteiligt, für den ist der Zwang verfehlt. Verstehen man es, den jungen Leuten die Freude an der Arbeit zu heben, dann wird auch der Sinn für eine gesunde Körperpflege gefördert.

Biebrich, 26. Jan. (Tödlisch verunglückt) ist in einer Ziegelei in Merholz der 18 Jahre alte Monteur M. Riedel von hier.

Aus den umliegenden Kreisen.

Langensfeld, 27. Jan. (Die Gemeindevertretung) beschloß in ihrer am Montagabend stattgefundenen Sitzung zur Fleischversorgung (Dauerware) 25 Rentner Vorrat und Speck und 3 Rentner Vorrat und Blutwurst einzukaufen. Es wurden hierzu 4000 Mark bewilligt. Die hiesigen Metzger erklärten sich bereit, bis zum 31. März das angegebene Quantum zu liefern. — (Die Holzversteigerung) im Gemeindefeld findet am Donnerstag um 9 Uhr im Weiber und Freitag den 29. Januar um 9 Uhr im Hohlholz statt.

Bübel, 26. Jan. (Selbstmord.) Der 39jährige Maurer Geint. Post wurde heute im nahen Tannenwäldchen tot aufgefunden. Er hatte sich erhängt. Post hinterläßt eine Frau mit zwei unmündigen Kindern, von denen er seit Jahresfrist getrennt lebte.

Offenbach, 27. Jan. (Ein trauriger Fall.) Die Ehefrau des Antikars Johann Stürmer, Rathhofsstr. 21, der gegenwärtig im Felde steht, ging am Sonntagmittag auf kurze Zeit von ihrer Wohnung fort, das 4-jährige Töchterchen allein zurücklassend. Das Kind machte sich am Herdfeuer zu schaffen mit dem Refusalt, das seine Kleider Feuer fingen und es schreckliche Brandwunden erlitt. Am Stadtkrankenhaus ist das arme Kind nun gestorben.

Kahl a. M., 26. Jan. (Der Arbeiter-Gesangsverein „Vormärts“) hält am Sonntag den 31. Jan. abends 8 Uhr eine Abendunterhaltung mit Verlosung ab. Der Ueberdusch soll den im Felde stehenden Mitgliefern zugute kommen. Freunde und Gönner des Vereins werden zum Besuch freundlichst eingeladen.

Langen, 27. Jan. (Einen Mordversuch) beging am Montag die 19 Jahre alte, bei dem 80 Jahre alten Rentner Mann Hölzer hier lebende Margarete Schmidt. Sie gab am kassen Tage nach dem Essen zwei Schüsseln auf den alten Mann ab, von denen der eine die Wangen, der andere den Rücken verfehlte. In der Annahme, daß der alte Mann tot sei, schloß sie sich dann ein. Gericht und Gendarmerie sind bemüht, den Sachverhalt aufzuklären.

Darmstadt, 26. Jan. (Erhängt aufgefunden) wurde gestern der etwa 50 Jahre alte Bahnwärter Heinrich Behr von Eselsbach im Eselsbacher Walde. Er wurde seit einigen Tagen von seiner Familie vermißt. Als Ursache scheint Schizophrenie nachgehend zu sein.

Siegen, 26. Jan. (Für unheimliche Kranke.) Der hiesige Bürgermeister gibt bekannt, daß im städtischen Krankenhaus von den Herren Dr. Anbel und Dr. Widdel öffentliche Sprechstunden für Unheilbare abgehalten werden, und zwar donnerstags von 10 bis 11 Uhr, und nachmittags von 4 bis 5 Uhr. — (Quartiergeld der.) Von jetzt ab erfolgt die Auszahlung des Quartiergeldes wöchentlich nur einmal, und zwar Freitag.

Wetzlar, 26. Jan. (Vom Bahnverkehr.) Laut Zeitungsanmeldung kommt ab 1. Februar der Personenzug ab Wetzlar 8.56 abends nach Biedorf (Kölner Straße) in Begleitung. — (Meratenot.) Durch die militärische Einberufung hiesiger Kräfte machte sich für die Kranken der Stadt und vielen Orten des Kreises Wetzlar ein empfindlicher Mangel in der Behandlung bemerkbar. Nun ist auch noch Dr. Strauß zur Verfügung steht, in dessen Sprechstunde durch den armen Indrag von Kranken stundenlang gewartet werden muß. Wohl ist der Kreisrat Dr. Braun wieder zurückgekommen, doch durch die Uebnahme des Gefangen-Lazarets und der Behandlung von bösartigen Tumoren, wie Herr Dr. Selb ist erklärte, dürfte er für die Behandlung der Zivilbevölkerung nicht mehr viel in Betracht kommen. Auch Herr Dr. Halber bietet bei seinem hohen Alter und der armen Krankenziffer nicht annehmend Erlohn, so daß die Versorgungsbehörde hier bald Hilfe schaffen sollte. Nach verschiedenen Mitteilungen hat auch das neue Kreisbüro in manchen Familien zu erheblichen Krankheiten (Magenbeschwerden) geführt. — (Für Einquartierung.) Noch immer wollen die Klagen über unzureichende Betten durch die hiesige Einquartierung nicht verstummen. Dieser Tage erschien im „Wetzlarer Anzeiger“ ein Vorschlag, nach dem der Kreis von den Landorten, die bekanntlich von Einquartierung befreit sind, eine besondere Steuer erheben möge, aus deren Ertrag die Versorgungsämter in der Stadt dann zu erhöhen wären. Wir können dem nur zustimmen. Denn Dörfer wie Neustadt, Sörsheim, Sörsheim, die sogenannte „Kette Ede“, und noch viele andere wohlhabende Orte im Kreise, die in Friedenszeiten im Patriotismus geschmachtet haben, sollten auch jetzt zeigen, daß sie bei den hier und da schon gebrauchten Eingelassen bereit sind, noch weitere zu bringen.

Aus Frankfurt a. M.

Die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Anpassung der Frau als Ursache sozialer Not.

Ueber dieses Thema sprach Hr. Dr. Marie Bernag aus Heidelberg gestern im Auftrage des „Verbandes zur Förderung der Armen- und Waisenpflege“. Die Rednerin führte aus, daß die wirtschaftliche Anpassung der Frau schon in Friedenszeiten zu einem wichtigen Problem geworden war, daß der kulturelle Entwicklungsfortschritt unserer Zeit diese Anpassung sowohl notwendiger als schwieriger machte; notwendiger, da die materiellen Bedingungen härter, schwieriger, da jedes neue Geschlecht bei dem großen Tempo der Entwicklung sich in neuen Verhältnissen fand und auf den überlieferten Erfahrungen darum weniger fußen konnte. Das berufliche Elend der unangehörigen Frauen, die durch Erziehung und Lebensführung noch dazu weisfremd und arm an Initiative sind, war außerordentlich groß.

Wir befinden uns an den Toren einer neuen Zeit, die das Kulturbild einer neuen Frau vollenden muß. Die Aufgabe, die schon jetzt in vollem Umfange aber noch dem Kriege, einer umfassenden Übung entgegengekehrt werden muß, ist die Unterweisung und vor allem die Erziehung für die Frau als Wirtschaftlerin. Denn es kann nicht damit genügt sein, durch Renten, staatliche und private Versicherungen diesen Frauen ein dürftiges Auskommen zu sichern; es gilt, ihnen die Möglichkeit zu einem innerlich und äußerlich reicheren Leben zu verschaffen und wertvolle Arbeitskräfte der Gemeinschaft nutzbar zu machen. Man kann nach dem Kriege mit Verhältnissen rechnen, die der Frau noch mehr nützen. Durch die Lücken, die der Krieg reißt, wird der Lebensabend ein breiterer Spielraum geschaffen. Eine kampfbereite Arbeitskraft wird ermöglicht. Die Ermunterung des weiblichen Arbeitsmarktes und eine Differenzierung des Arbeitsangebots wird die Folge sein. Für verschiedene Volksschichten wird sich das Problem verschieden darstellen.

Die nach dem Kriege zu erwartende Annahme der Industriearbeit wird viele Kriegswitwen zur Roharbeit führen, eine Tätigkeit, die trotz mancher, teils gefühlsmäßiger Bedenken, der schlechter bezahlten, unkontrollierbaren Heimarbeit vorzuziehen ist. Aus den Kreisen der Qualitätsarbeiter, des gebildeten Arbeiterstandes, werden sich so leicht die Rednerin, Kriegswitwen durch den Besuch von Fachschulen herausbilden, sodaß eine Elite von Facharbeiterinnen entsteht, die ihre Arbeitsleistung zu erhöhtem Ansehen bringt. Die Bäuerin, die Geschäftsfrau sind häufige und sehr zu billende Berufsgruppen und diesen Witwen wird die Fortführung ihrer Geschäfte die geringsten Schwierigkeiten machen. Am schwersten liegt das Problem im gebildeten Mittelstand. Viele Frauen, die nach einem veralteten Mädchenideal erzogen, in der Ehe sorgsam behütet, nun durch den Tod des Mannes gelassen werden, selbst für ihren und ihrer Kinder Unterhalt aufzukommen, werden den größten Schwierigkeiten begegnen. Die Rednerin führt hierzu an, daß viele Stellungen im Handel, Landwirtschaft und Industrie durch gebildete Frauen erfüllbar seien, daß manche Frauen früher erworbenen Fähigkeiten vervollkommen, viele Frauen, die vor der Kriegszeit einen Beruf hatten, darauf zurückgreifen könnten. Die Berufsarbeit bietet, vor anderen, weitere Möglichkeiten.

